

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Herrn Dr. Helge Schlieben

An
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 03.04.2018

AN/0456/2018

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	16.04.2018

Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrkräfte in Köln – Sachstand 2018

Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses zu setzen:

Das Schulministerium des Landes NRW hat kürzlich an Lehrkräfte des Landes ein elfseitiges Formular versandt. Darin geht es um Fragen des Datenschutzes bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zu dienstlichen Zwecken. Hintergrund ist, dass die allermeisten Lehrkräfte des Landes nicht auf dienstliche Computer und mobile Endgeräte zugreifen können, wenn sie Daten wie etwa schulische Leistungen oder die Kommunikation mit Eltern, Schülerinnen und Schülern verarbeiten. Stattdessen verwenden sie zumeist private Endgeräte. Das Schreiben des Ministeriums sieht nun umfassende Vorsorgemaßnahmen für die Lehrkräfte vor. Die geltenden Datenschutzstandards sollen damit auch in diesem Bereich Einzug erhalten. Kritisiert wird vonseiten der Lehrkräfte und ihrer Vertretungen jedoch, dass die geforderten Maßnahmen von ihnen kaum umzusetzen seien und unrealistische Einschränkungen im Gebrauch der privaten Endgeräte erforderten.

Wie der Kölner Stadt-Anzeiger am 23.03.2018 berichtete, habe es in Lehrgremien bereits Überlegungen zu Protestaktionen gegen die aus ihrer Sicht unmögliche Umsetzung der Forderungen des Schulministeriums gegeben: „Weder Lehrkräfte noch Schulleiter sind IT-Experten. Sie können das nicht umsetzen und kontrollieren“, wird Angela Bankert, Kölner Geschäftsführerin der Bildungsgewerkschaft GEW, in der Zeitung zitiert. Eine Abhilfe durch Bereitstellung dienstlicher Endgeräte, die etwa durch Vorinstallation und alleinigen dienstlichen Gebrauch die geforderten Datenschutzstandards gewährleisten, steht auch nicht zur Verfügung. Die Anschaffungskosten wären einfach zu hoch.

In 2015 haben wir die Verwaltung gefragt, wie es um die Ausstattung von Kölner Lehrerinnen und Lehrern mit dienstlichen PCs, E-Mail-Adressen und vom Land zur Verfügung gestellten unterrichtsstützenden Online-Diensten sowie Methoden zur Verschlüsselung der sensiblen Daten stehe.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie viele Lehrkräfte und Schulleiter*innen in Köln haben Zugang zu dienstlichen Mobil- und Endgeräten oder besitzen einen Arbeitsplatz mit Computer-Ausstattung? (Bitte nach Schulform aufschlüsseln und den prozentualen Anteil angeben.)
2. Wie viele Lehrkräfte und Schulleiter*innen haben eine dienstliche E-Mail Adresse, und welche datenschutzkonformen Kommunikationsplattformen stehen Lehrkräften zur Verfügung? Bietet die Stadt Messenger zur Kommunikation an, so dass Alternativen z. B. zu WhatsApp zur Verfügung stehen? (Bitte nach Schulform aufschlüsseln, den prozentualen Anteil angeben und die Art des Schutzes beschreiben.)
3. Wie viele Lehrkräfte und Schulleiter*innen haben einen geschützten Zugang zu den verschiedenen Informationsverarbeitungssystemen, z. B. Online-Plattformen für Unterricht, Hausaufgaben oder Lehrerkontakte? (Bitte nach Schulform aufschlüsseln, den prozentualen Anteil angeben und die Art des Schutzes beschreiben.)
4. Wie ist die Position der Stadtverwaltung zum elfseitigen Formular des nordrhein-westfälischen Schulministeriums?
5. Wie viele Mitarbeiter*innen der Stadt sind zurzeit für die Netzwerkbetreuung an den Kölner Schulen verantwortlich, und wie hoch ist der zeitliche und finanzielle Aufwand?

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach